

Grossratssession Oktober 2016: Bericht der SP-See-Deputation

Energiebericht des Kantons Freiburg: Im Jahr 2009 legte der Grosse Rat eine Energiestrategie vor, nach der er bis im Jahr 2030 eine 4000 Watt-Gesellschaft erreichen möchte. Heute sind wir noch immer auf 6300 Watt, weit weg von einem Zustand, mit dem das gesetzte Ziel bis 2030 auch nur annähernd erreichbar scheint. Noch stammen 70 Prozent des Energieverbrauchs aus fossilen Energien, also Öl und Gas. Kritik am Staatsrat wurde laut, die Verfahren für Biogas-Anlagen seien zu aufwändig, oder es wurde geltend gemacht, die Subvention für den Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen sei zu tief. Zu harzen scheint es auch mit der Einspeisung von privat produzierter Solarenergie. Es braucht Druck, damit etwas passiert. Und dieser Druck nahm sich das Freiburger Volk selber weg, als es im Jahr 2012 bei einer Abstimmung Nein sagte zur Pflicht zum Ersatz von Elektroheizungen, oder der Murtner Generalrat, als er unlängst auf Druck der FDP und SVP die Nachtabschaltung komplett aufhob, statt nur die Mängel zu beheben. So ist es wenigstens gut, dass Kantonen und Gemeinden vorgeschrieben ist, alte energiefressende Strassenlampen mit LED-Lampen zu ersetzen. Es gibt noch viel Handlungspotential an allen Fronten und für die ganze Bevölkerung.

Fünf Vorlagen zur ausserfamiliären Kinderbetreuung: Kinderkrippen, Mittagstische, Nachmittagsprogramme und Tageseltern waren die Themen. Der Grosse Rat von links nach rechts war sich einig, dass es solche Strukturen im Kanton braucht und es sich lohnt, in sie zu investieren. Der Staatsrat verwies auf die Unternehmenssteuerreform III und die Kompensationszahlungen der Firmen, die unter diesem neuen Regime viel weniger Steuern bezahlen müssen. Der Staatsrat wurde aber aufgefordert, sich selber zu engagieren. Es bringe nichts, Frauen zuerst teuer auszubilden, damit sie danach zu Hause bleiben müssen und der Gesellschaft für die erhaltene Ausbildung nichts zurückgeben können, keine AHV und keine Steuern bezahlen. Dies aber geht nur, wenn die notwendigen Strukturen zur Verfügung stehen, die eine zumutbare Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren. Den Worten müssten nun unbedingt auch die Taten folgen.

Armutsbericht: Drei Prozent der Bevölkerung gelten im Kanton Freiburg als arm. Davon betroffen sind insbesondere alleinerziehende Eltern und ältere Menschen. Die Grossräte waren sich einig, dass Einrichtungen für die Betreuung der Kinder in jeder Form oder Wiedereingliederungsmassnahmen für Arbeitslose zentral sind, um Abhilfe zu leisten. Tatsache ist aber auch, dass viele dieser Menschen zwar arbeiten, dass ihr Lohn aber nicht ausreicht, um das Leben zu finanzieren.

Audit über fehlenden Fischbesatz: CHF 668 000 hat der Kanton gehortet statt für die Wiederbevölkerung vor allem des Greyerzer- und des Schiftenensees einzusetzen. Offenbar ist dieses Unterfangen nicht ganz einfach, weil der Pegel in Stauseen schwankt. Ausserdem wollte man angesichts der im Kanton fehlenden Fischzuchten für Zander und Hechte keine Fische aus Ausland importieren aus der Befürchtung heraus, dass Krankheiten eingeschleppt würden. Der Grosse Rat hat nun dem Staatsrat aber den Auftrag erteilt, ein Audit zur Überprüfung des Amts für Wald, Wied und Fischerei durchzuführen und dann unverzüglich die Wiederbevölkerung an die Hand zu nehmen. Inzwischen ist in Estavayer-le-Lac eine kantonale Fischzucht eröffnet worden.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer